



Von 6,90 Euro Kaltmiete in 2009 auf 8,28 Euro pro Quadratmeter 2017 in der Humboldtstraße: Muss die Stadtbau tatsächlich die Mieten erhöhen? Foto: Eckl

# Stadtbau: „Pflicht zur Mieterhöhung absurd“

Von Christian Eckl

**Regensburg.** Der Mieterbund kritisiert den Stadtbau-Geschäftsführer Joachim Becker scharf für eine Aussage im Regensburger Wochenblatt vom 8. Februar. Unsere Zeitung hatte über eine Rentnerin berichtet, deren Miete von 6,90 Euro kalt im Jahr 2009 auf zwischenzeitlich 8,28 Euro erhöht wurde. Stadtbau-Chef Becker hatte argumentiert, dass die Stadtbau laut Gemeindeordnung sogar dazu verpflichtet ist, ortsübliche Mieten zu verlangen.

Schindler macht diese Aussage fassungslos: „Die Bayerische Gemeindeordnung verlangte keineswegs, dass eine städtische Wohnungsgesellschaft die ortsübliche Miete verlangt.“ Die in Artikel 61 der Gemeindeordnung geregelten allgemeinen Haushaltsgrundsätze verlangen von der Gemeinde lediglich, „dass die Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen ist, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist“.

Schindler weiter: „Daraus eine Pflicht zur Mieterhöhung herzuleiten ist absurd. Herr Becker verkennt Aufgabe und Bedeu-

tung eines städtischen Wohnungsunternehmens, wenn er deren Rentabilität in den Vordergrund stellt und daraus einen Auftrag zur Mieterhöhung herzu-leiten versucht.“ Damit täusche er bewusst einen öffentlichen, gesetzlich begründeten Zwang vor. „Ein solcher Zwang besteht jedoch nicht und widerspricht im Übrigen der Aufgabe eines städtischen Wohnungsunternehmens.“

Mit den Mieten bei der Stadtbau geht es dann auch stetig, aber rapide nach oben: „Der Wohnungsbestand der Stadtbau beträgt zwischenzeitlich annähernd 7.000 Wohnungen, von Mieterhöhungsverlangen sind hiervon circa 2.000 Wohnungen pro Jahr betroffen“, hatte Becker mitgeteilt. Schindler ist auch hier entsetzt: „Wenn Herr Becker stolz verkündet es würden jährlich 2.000 Mieterhöhungen durchgeführt ist das ein Hohn und keineswegs eine Erfolgsmeldung im Sinne der Aufgabenerfüllung, die ein städtisches Wohnungsunternehmen zu leisten hat. Als Fazit dränge sich der Schluss auf, „dass die Stadtbau GmbH ihrem sozialen Auftrag nicht gerecht wird.“